

Der steinige Weg zum Kyoto-Folgeabkommen

Bewertung des UN-Klimagipfels und der Klimakonferenz von Georg W. Bush

Mitte September 2007 sind die USA Gastgeber zweier internationaler Treffen, die als Schlüsselkonferenzen für die im Dezember 2007 in Bali ausgerichtete UN-Klimakonferenz gelten können. Während die Ausrichter des ersten Treffens wirksamen Klimaschutz unter dem Dach der Vereinten Nationen anstreben, wollen die anderen Maßnahmen möglichst unverbindlich halten und Klimaschutz damit dem Zufall überlassen.

Die Vereinten Nationen haben für den 24. September 2007 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt am Rande der 62. UN-Generaldebatte zu einem Klimasondertreffen eingeladen. Die Staats- und Regierungschefs oder ihre Vertreter aus rund 150 Ländern wollen die Weichen für weiterführenden Klimaschutz unter die Federführung der Vereinten Nationen stellen und so den Weg für ein erfolgreiches Ergebnis der Klimakonferenz in Bali ebnen. Die UN, unter deren Dach auch die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurden, kann und wird sich damit als treibende und Verantwortung übernehmende Kraft im Klimaschutz und als alternativlose multi-laterale Plattform für Klimaverhandlungen präsentieren.

UN muss Klimaschutzgarant bleiben

Bundeskanzlerin Merkel will nach Medienberichten in den USA vor allem darauf dringen, dass die USA im Rahmen der Vereinten Nationen an einem Klimaschutzabkommen mitwirken. Dies wird als Schlüssel dafür gesehen, dass auch die großen Schwellenländer China, Indien und Brasilien eigene Verpflichtungen zum Klimaschutz eingehen. Wie diese Einbindung tatsächlich erreicht werden kann, ist jedoch fraglich. Eines wollen US-Regierung wie auch Indien oder China keinesfalls: verbindliche Reduktionsziele für Kohlendioxidemissionen.

Das Hauptziel Deutschlands wie der EU muss nun sein, Klimaschutz weiterhin innerhalb der Vereinten Nationen zu verorten. Staaten wie China und Indien muss ein Anreizsystem für CO₂-Einsparungen geboten werden. Dies sollte kein absolutes Reduktionsziel sein, sondern könnte an Energieeffizienz und an einzelne Sektoren gekoppelt werden. Ob dieser Weg für die USA ausreichend ist, um in die UN-Verhandlungen zurück zu kehren, bleibt abzuwarten. Für die USA als einem der weltgrößten Klimazerstörer darf nur eines gelten: verbindliche Reduktionsziele.



(c) Greenpeace/Steve Morgan

Bush-Klimagipfel in Washington

Zu den am 27. - 28. September 2007 in Washington stattfindenden Klimagesprächen hat US-Präsident George W. Bush Vertreter der 16¹ größten Klimawandel-Staaten geladen. Diese Veranstaltung beginnt direkt im Anschluß an die UN-Konferenz und berechtigt zur Sorge, dass die UN-Klimaschutzverhandlungen durch einen Parallelprozess untergraben werden sollen. Die

¹ Die 16 Teilnehmer setzen sich neben den USA aus der Europäischen Union (repräsentiert durch Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien), China, Indien, Japan, Kanada, Brasilien, Süd-Korea, Mexiko, Russland, Australien, Indonesien und Südafrika zusammen. Gemein haben diese Länder, dass sie große Wirtschaften / aufstrebende Wirtschaften mit hohem CO₂- bzw. stark ansteigenden CO₂-Ausstoß sind.

US-Regierung hatte erst nach heftigem Drängen überhaupt zugelassen, dass Politiker im Ministerrang an diesem Treffen teilnehmen.

Alles schön unverbindlich

US-Präsident Bush schlägt vor, bis Ende 2008 eine internationale Vereinbarung zum Kampf gegen den Klimawandel zu erzielen. Besonderer Bedeutung soll dabei neuen Technologien zukommen, die Energiesicherheit gewährleisten und wirtschaftliches Wachstum fördern. Dabei handelt es sich jedoch weniger um erneuerbare Energien als vielmehr um fossile Kohlekraftwerkstechnologien. Im Gespräch sind effizientere, so genannte „clean coal“-Kohlekraftwerke sowie die Speicherung von Kohlendioxid im geologischen Untergrund („carbon capture and storage“, kurz: CCS), mit denen das wirtschaftliche und politische „Business as usual“ aufrecht erhalten werden soll.

Dass die Vereinbarungen außerhalb der UN geschlossen und nicht verbindlich sein werden, darauf lässt die bisherige Position der USA schließen:

Bislang lehnen die USA das einzige international verpflichtende Abkommen zur Begrenzung des Kohlendioxid-Ausstoßes ab. Neben ihrer Kritik, aufstrebende Länder mit hohen Emissionen wie Indien oder China seien als Entwicklungsländer von den Verpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll ausgenommen, galt auch immer die Sorge, dass verbindliche Klimaschutzverpflichtungen die Wirtschaft der USA schädigen könnten. Diese Position zieht sich wie ein roter Faden durch die Gipfel der vergangenen Zeit (G8-Gipfel Juni 2007, APEC-Gipfel September 2007). Zwar verweist Bush darauf, dass die jetzt in Washington angestrebten Vereinbarungen im Rahmen der UN erfolgen sollen, doch leitet sich daraus keinerlei Verbindlichkeit ab. Amerikanischer Klimaschutz wird jedoch erst dann glaubhaft, wenn die Regierung der USA das Kyoto-Protokoll unterschreibt.

Der Weg nach Bali

Weltweit notwendiger Klimaschutz kann nur unter einem vereinten Dach zu Erfolgen führen. Abkommen, die ziellos und ohne nachweisbaren Klima-Nutzen abgeschlossen werden, sind ein Täuschungsmanöver.

Auf der UN-Klimakonferenz Anfang Dezember 2007 in Bali muss das Mandat zur Aufnahme der Verhandlungen über ein Anschließprotokoll von Kyoto erteilt werden. Diese müssen bis 2009 zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Das „Bali-Mandat“ muss eine Reihe von Punkten beinhalten. Greenpeace fordert:

- Die Industriestaaten müssen sich zu einer Reduktion der Treibhausgase um 30% gegenüber 1990 bis 2020 verpflichten
- Das Kyoto-Protokoll muss von weiteren Staaten ratifiziert werden. Mexiko, Südkorea, Singapur, Saudi-Arabien und andere müssen bindende Ziele für die nächsten Jahre übernehmen
- Industriestaaten müssen den sich rasch entwickelnden Staaten wie China, Brasilien, Indien und Südafrika Anreize dafür geben, sich durch eine Selbst-Verpflichtung zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen in den Kyoto-Emissionshandel zu integrieren.
- Zusätzlich zur Reduktion der industriellen Emissionen muss ein Mechanismus für die Emissionsreduzierung aus Waldzerstörung („Deforestation Reduction Mechanism“) geschaffen werden, um Entwaldung innerhalb der kommenden 15 Jahre drastisch zu reduzieren.
- Um den Entwicklungsländern den Wechsel zu sauberen, effizienten und regenerativen Technologien zu ermöglichen, müssen die Industriestaaten einen Fund einrichten und finanzieren.

Greenpeace e.V.
22745 Hamburg
Tel. 040 - 30618-0
e-mail: mail@greenpeace.de

Internet: www.greenpeace.de